

# N i e d e r s c h r i f t

## **über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit**

**am Mittwoch, dem 04.03.2026**

**in der Zentralen Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot  
(ZBS)  
Gasstraße 12  
24534 Neumünster**

|                       |                  |                     |                  |
|-----------------------|------------------|---------------------|------------------|
| <b><u>Beginn:</u></b> | <b>17:57 Uhr</b> | <b><u>Ende:</u></b> | <b>20:05 Uhr</b> |
|-----------------------|------------------|---------------------|------------------|

### **Anwesend:**

#### **Stadtrat**

Herr Carsten Hillgruber

#### **Ausschussvorsitzende**

Frau Dr. Bettina Boxberger

#### **Ausschussmitglied**

Frau Sarah Conradt  
Herr Dr. Bruno Dannmeier  
Herr Dr. Johannes Kandzora  
Herr Gerrit Köhler  
Herr Rainer Loose  
Herr Bruno Narnbach  
Herr Andreas Preuß  
Herr Maurice Selke  
Herr Alfred Christian Ludwig von Dollen

#### **stellvertretendes Ausschussmitglied**

Herr Manfred Zielke

#### **Außerdem anwesend**

Seniorenbeirat  
Kinder- und Jugendbeirat  
Diakonie  
Diakonie  
Caritas  
Forum der Vielfalt  
Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Dieter Sell  
Herr Frank Munyua Zeidler  
Frau Vanessa Trampe-Kieslich  
Frau Melanie Popp  
Frau Melanie Müller-Semrau  
Herr Memet Çelik  
Herr Toren Munz  
Bis zu 2 Gäste

#### **Von der Verwaltung**

FDL 53  
FD 03, Protokollführung  
FD 03  
FDL 03

Frau Dr. Alexandra Barth  
Frau Lisa beim Graben  
Herr Arne Bollen  
Herr Felix Brümmer

FDL 50

Herr Sönke Winter

**Entschuldigt:**

**stellvertretende / -r Ausschussvorsitzende / - r**

Herr Siamak Aminmansour

**Ausschussmitglied**

Herr Süleyman Inci

Herr Horst-Dieter Micheel

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil**

|       |                                                                                                                                                  |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 1.    | Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit                                                                                    |
| 2.    | Genehmigung der Tagesordnung vom 04.03.2026                                                                                                      |
| 3.    | Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2026                                                            |
| 4.    | Einwohnerfragestunde                                                                                                                             |
| 5.    | Anträge und Anfragen                                                                                                                             |
| 6.    | Dringliche Vorlagen                                                                                                                              |
| 7.    | Bericht der ZBS                                                                                                                                  |
| 8.    | Aktueller Stand der Migrationsberatung                                                                                                           |
| 9.    | Suchtberatungsstelle insbesondere für legale und illegale Drogen sowie Suchtprävention an Schulen in Neumünster ab 2026<br>Vorlage: 0616/2023/DS |
| 10.   | Beteiligung der Stadt Neumünster am Bundesprogramm „Demokratie leben“<br>Vorlage: 0624/2023/DS                                                   |
| 11.   | Aktueller Bericht der Wohnpflegeaufsicht Neumünster                                                                                              |
| 12.   | Mitteilungen                                                                                                                                     |
| 12.1. | Informationen zum Termin mit den Trägern am 10. März                                                                                             |
| 12.2. | Verschiedendes                                                                                                                                   |

|     |                                                               |
|-----|---------------------------------------------------------------|
| 1 . | Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit |
|-----|---------------------------------------------------------------|

Die Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 17:57 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest.  
Anschließend wird das neue Ausschussmitglied, Herr Maurice Selke, per Handschlag verpflichtet.

|     |                                             |
|-----|---------------------------------------------|
| 2 . | Genehmigung der Tagesordnung vom 04.03.2026 |
|-----|---------------------------------------------|

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

|     |                                                                                       |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------|
| 3 . | Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 28.01.2026 |
|-----|---------------------------------------------------------------------------------------|

Es werden keine Einwände gegen die Niederschrift vom 28.01.2026 erhoben.

|     |                      |
|-----|----------------------|
| 4 . | Einwohnerfragestunde |
|-----|----------------------|

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern liegen nicht vor.

|     |                      |
|-----|----------------------|
| 5 . | Anträge und Anfragen |
|-----|----------------------|

Anträge und Anfragen liegen nicht vor.

|     |                     |
|-----|---------------------|
| 6 . | Dringliche Vorlagen |
|-----|---------------------|

Dringliche Vorlagen liegen nicht vor.

|     |                 |
|-----|-----------------|
| 7 . | Bericht der ZBS |
|-----|-----------------|

Frau Popp berichtet über die Zentrale Beratungsstelle für Menschen in Wohnungsnot (ZBS). Sie stellt dar, dass die Einrichtung über 26 Schlafplätze, davon neun für Frauen, verfüge. Derzeit seien jedoch 35 Personen in der ZBS sowie vier weitere Personen extern untergebracht.  
Im letzten Jahr sind 240 Übernächter bei der ZBS untergekommen mit insgesamt ca.

7.000 Übernachtungen. Die Zahlen der Übernachtungen seien seit Jahren steigend. Auch die Dauer der Übernachtungen der einzelnen Personen sei steigend.

Frau Popp berichtet ebenfalls über die ambulant betreuten Wohnungen, die gut angenommen werden.

Frau Trampe-Kieslich weist daraufhin, dass die finanziellen Kürzungen in diesem Haushaltsjahr für die ZBS sehr schmerzhaft und weitere Kürzungen nicht tragbar seien.

Die Wohnungslosigkeit steige bundesweit, dadurch steigen auch die Zahlen von

Menschen, die außerhalb von Neumünster zur ZBS kämen.

Herausfordernd sei, dass viele Menschen mit psychiatrischen Grunderkrankungen in die ZBS kämen, die eigentlich in stationären psychiatrischen Einrichtungen behandelt und aufgenommen werden müssten. Aufgrund der fehlenden Kapazitäten in diesem Bereich sei eine Behandlung oftmals nicht möglich.

Dr. Kandzora und Frau Popp vereinbaren, in Kontakt zu treten um Möglichkeiten der hausärztlichen Versorgung vor Ort zu besprechen.

|     |                                        |
|-----|----------------------------------------|
| 8 . | Aktueller Stand der Migrationsberatung |
|-----|----------------------------------------|

Stadtrat Hillgruber erläutert kurz die Historie: Seit dem 01.01.2026 habe die Diakonie ihre Migrationsberatung für Erwachsene einstellen müssen, da eine Finanzierungslücke entstanden sei. Ein Antrag auf Finanzierung von Seiten der Stadt sei in der Ratsversammlung abgelehnt worden.

Nun böten noch Caritas, DRK und AWO eine Migrationsberatung in Neumünster an.

Die Caritas hat in einem Brief an die Verwaltung und die Ausschussvorsitzende angekündigt, dass sie ihren Vertrag mit dem Land zum 30.06.2026 kündigen und den Betrieb der Beratung zum 31.12.2026 einstellen müssen. Der fehlende Finanzierungsbeitrag liege bei ungefähr 17.000€ im Jahr.

Stadtrat Hillgruber führt aus, dass die Verwaltung die Einschätzung habe, dass aufgrund des vorliegenden Ratsbeschlusses und der Tatsache, dass keine Haushaltsmittel eingeplant seien, der Brief negativ beschieden werden müsste.

Ein anderes Vorgehen sei nur bei einer anderen Beschlussfassung durch die Politik möglich.

Der Ausschuss diskutiert intensiv über das Thema und fragt nach, wie viele Beratungsgespräche durch die Caritas im letzten Jahr stattgefunden haben. Frau Müller-Semrau berichtet, dass aufgrund der Sprachkompetenzen viele Bulgarinnen und Bulgaren zur Migrationsberatung der Caritas gekommen sein. So konnten im letzten Jahr 211 Klientinnen und Klienten in über 1.200 Beratungsgesprächen betreut werden. Darüber hinaus haben ca. 1.300 Kurzgespräche stattgefunden.

Frau Müller-Semrau wird den Brief dahingehend ergänzen und über die Ausschussbetreuerin an die Ausschussmitglieder versenden.

|     |                                                                                                                                                  |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 9 . | Suchtberatungsstelle insbesondere für legale und illegale Drogen sowie Suchtprävention an Schulen in Neumünster ab 2026<br>Vorlage: 0616/2023/DS |
|-----|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|

Stadtrat Hillgruber berichtet, dass der Vertrag mit der Therapiehilfe bzgl. der Suchtberatungsstelle Ende diesen Jahres ausläuft.

Für den Anschluss sei geplant, in der Arbeit der Suchtberatung einen stärkeren Fokus auf die Prävention an Schulen zu setzen. Durch diese stärker definierte Leistungsbeschreibung sei es dann nicht mehr möglich, mit einer Zuwendung zu arbeiten, sondern es sei dann eine Vergabe erforderlich. Da die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einige Zeit in Anspruch nehmen werde, soll der Vertrag mit der

Therapiehilfe um ein weiteres Jahr verlängert werden. Das Vergabeverfahren wird dann 2027 durchgeführt.

Der Ausschuss diskutiert kritisch die Fragen nach der Laufzeit, der finanziellen Ausstattung und einer möglichen Evaluation.

Anschließend lässt die Ausschussvorsitzende über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

- A n t r a g:**
1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit der Therapiehilfe gGmbH Vertragsverhandlungen über die Wahrnehmung von Aufgaben der ambulanten Suchtkrankenhilfe in Neumünster für das Jahr 2027 durchzuführen und einen Zuwendungsvertrag mit einem Zuschussbetrag von bis zu 341.188,93 Euro für das Jahr 2027 abzuschließen und zu unterzeichnen.
  2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine europaweite Ausschreibung für die Einrichtung und den Betrieb einer Suchtberatungsstelle für legale und illegale Drogen sowie Suchtprävention an Schulen in Neumünster für die Jahre 2028 bis 2032 durchzuführen und einen Dienstleistungsvertrag mit folgenden jährlichen maximalen Budgets für die Jahre 2028 bis einschließlich 2032 abzuschließen und zu unterzeichnen.

|      |                 |
|------|-----------------|
| 2028 | 359.144,36 Euro |
| 2029 | 365.189,13 Euro |
| 2030 | 371.324,57 Euro |
| 2031 | 377.552,05 Euro |
| 2032 | 383.872,93 Euro |

**Abstimmungsergebnis**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltungen: 0

Endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

|      |                                                                                                |
|------|------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 10 . | Beteiligung der Stadt Neumünster am Bundesprogramm „Demokratie leben“<br>Vorlage: 0624/2023/DS |
|------|------------------------------------------------------------------------------------------------|

Stadtrat Hillgruber erläutert, dass die Stadt Neumünster bereits seit 2017 an dem Bundesprogramm „Demokratie leben“ teilnimmt. Durch veränderte Rahmenbedingungen von Seiten des Bundes sei nun eine Beschlussfassung durch die Ratsversammlung erforderlich.

Mit den Mitteln von Bund und Land (zusammen ca. 155.000€ jährlich) können kleinere Projekte im Bereich der Demokratieförderung unterstützt werden.

Der Ausschuss merkt an, dass der Bekanntheitsgrad des Programms zu gering sei und die Kosten für die Koordinierungs- und Fachstelle relativ hoch seien. Es wird gefragt, ob es die Möglichkeit gäbe, einen Zwischenbericht durch KAST e.V. zu erhalten.

Sodann lässt die Ausschussvorsitzende über die Drucksache abstimmen, die einstimmig angenommen wird.

**Beschluss:** 1. \_Die Stadt Neumünster beteiligt sich weiterhin am

Bundesprogramm „Demokratie leben!“ im Rahmen einer Partnerschaft für Demokratie in der Förderperiode bis 31.12.2032.

2. Die Ratsversammlung wird jeweils zum Jahresende über die Fortführung der Teilnahme am Bundesprogramm „Demokratie leben“ informiert.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 11  
Nein-Stimmen: 0  
Enthaltung: 0

endgültig entscheidende Stelle: Ratsversammlung

|      |                                                     |
|------|-----------------------------------------------------|
| 11 . | Aktueller Bericht der Wohnpflegeaufsicht Neumünster |
|------|-----------------------------------------------------|

Frau Dr. Barth berichtet kurz über die aktuelle Situation in der Wohnpflegeaufsicht aufgrund einer Anfrage aus dem Seniorenbeirat.

Sie geht auf die aktuellen Zahlen ein und erläutert die Personalsituation in diesem Bereich.

Die Ausschussmitglieder danken den Mitarbeitenden der Wohnpflegeaufsicht. In der anschließenden Diskussion wird noch einmal deutlich gemacht, dass zwar nicht alle Regelprüfungen durchgeführt werden können, dass aber im Fall einer Anlassprüfung immer gehandelt werde.

|      |              |
|------|--------------|
| 12 . | Mitteilungen |
|------|--------------|

|        |                                                      |
|--------|------------------------------------------------------|
| 12.1 . | Informationen zum Termin mit den Trägern am 10. März |
|--------|------------------------------------------------------|

Stadtrat Hillgruber erläutert das Verfahren der Kürzungen bei den Zuwendungen bzgl. des Haushalts 2026 und stellt dar, wie die Stadt bei der Haushaltsaufstellung 2027 vorgehen will.

Ein erstes Gespräch mit den Zuwendungsempfängern habe bereits am 16.12.2025 stattgefunden. Hier wurde erörtert, ob eine pauschale oder eine punktuelle Kürzung von den Trägern vorgezogen wird. Da es keine einheitliche Rückmeldung gab, wird diese Frage in einem weiteren Termin am 10.03. besprochen. Darüber hinaus sollen Kriterien vorgestellt werden, nach denen eine punktuelle Kürzung entscheiden werden kann.

|        |               |
|--------|---------------|
| 12.2 . | Verschiedenes |
|--------|---------------|

Stadtrat Hillgruber erzählt, dass es die Möglichkeit auf Ehrenamtsförderung durch das Land gäbe. Die Informationen dazu wurden im November an die Kreisarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände weitergeleitet.

Daraufhin gab es eine Bewerbung vom DRK, die bereits ans Land durch die Stadtverwaltung weitergegeben wurde.

Nachdem nun auch weitere Träger ihr Interesse bekundet haben, stellt Stadtrat Hillgruber dar, dass wahrscheinlich höchstens eine Bewilligung pro Kommune genehmigt werde. Auch gehe es bei der Förderung um die strukturelle Ehrenamtsarbeit und nicht um die ehrenamtlichen Tätigkeiten in einem Stadtgebiet.

Herr Munz als Vorsitzender des Beirats für Menschen mit Behinderung stellt sich kurz vor.

Die Ausschussvorsitzende weist daraufhin, dass die nächste Ausschusssitzung wahrscheinlich bei der Brücke stattfinden werde.

Sodann schließt die Ausschussvorsitzende die Sitzung um 20:05 Uhr.

gez. Dr. Bettina Boxberger

(Ausschussvorsitzende)

gez. Lisa beim Graben

(Protokollführung)